

Haushalt und Finanzen 2011



Rede des Fraktionsvorsitzenden der UWG, Uwe Hesse, anlässlich der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2011 am 2. März 2011

(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort!)

Herr Landrat, meine Damen und Herren!

Die Verabschiedung des Haushaltentwurfs zum endgültigen Haushaltsplan ist immer eine gute Gelegenheit einige Dinge grundsätzlich anzusprechen. Die etablierten Parteien unterliegen in all ihren Entscheidungen, der von den Parteizentralen vorgegebenen Linien und stimmen auch meistens so ab. Was machen aber die UWGs? Ihre Entscheidungen und ihr Abstimmungsverhalten orientieren sich in den meisten Fällen an den regionalen Gegebenheiten und Fakten auf der einen Seite und auf der anderen den Grundsätzen der Machbarkeit und der Vernunft. Das da auch natürlich Recht und Gesetz zu beachten sind, ist selbstverständlich. In allen Entscheidungen hat der Bürgerwille absolute Priorität.

Für die kommenden Monate stehen uns einige Themen als Dauerbrenner in Haus .Das sind:
Großmastanlagen

- EEG(Solaranlagen, Windanlagen, Biogas und andere Energieerzeugung, Erdgasbohrungen)
- Mülldeponien
- Haushaltslage des Kreises und Haushaltslage der Kommunen

Die Einstellung zu Großmastanlagen wird von der UWG-Fraktion wie folgt beurteilt: Das Münsterland und insbesondere der Kreis Coesfeld gehörten schon immer zu den Regionen, in denen intensiv Landwirtschaft betrieben wurde, ebenso auch in sehr starkem Umfang aber auch eine landwirtschaftlich orientierte Lebensmittelveredelungsindustrie, die die Wirtschaft befördert und antreibt.Wir glauben, dass beide Zweige gut miteinander korrespondieren und zum Wohl der Menschen arbeiten können .Die Gegnerschaft zu den Großmastanlagen resultiert nach unserer Auffassung in erster Linie von den überdimensionalen Auswüchsen aus anderen Regionen und den damit verbundenen nicht akzeptablen Einschränkungen. Ein erträgliches Miteinander zwischen Wohn und Landwirtschaftsbereich ist so fast unmöglich. Wir sind fest davon überzeugt, dass derartige Betriebe von den angestammten Landwirten geführt, auch akzeptiert werden, wenn sie genau den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen und deren Bau im Vorfeld diskutiert wurde. Wenn allerdingsGroßkonzerne solche Anlagen betreiben wollen und den Standort im Kreis suchen, sagen wir nein. Nur der ansässige Landwirt soll hier tätig sein .Er ist der Garant dafür, dass mit der Massentierhaltung kein Schindluder getrieben wird. Eine ausreichendeKontrolle ist unbedingt erforderlich, die Futtermittelskandale der letzten Wochen sprechen eine deutliche Sprache.

Noch ein Wort zu den Landwirten: Sie produzieren Lebensmittel, Fleisch, Getreide und Ölsaaten und liefern der Veredelungsindustrie zu.Sie schaffen erneuerbare Energieen und stellen Nutzflächen zur Renaturierung zur Verfügung. Sie sind aber auch oft Opfer ihrer eigenen Arbeit, den viele Höfe sind mittlerweile zu klein um drei Generationen zu ernähren.So steht die Landwirtschaft eben auch in einem ständigen Wandel. Bei aller Kritik dürfen wir aber eins nicht außer Acht lassen, sie ist immer noch Hauptproduzent für Nahrungsmittel in Deutschland und auch ein bedeutender Exporteur.

EEG - Erneuerbare Energien sind notwendig und sollten nach wie vor alle Unterstützung erfahren die derzeitig möglich ist .Wir sind der Überzeugung, dass das alles in verträglichem Umfang geschehen kann. Wenn das aber ausfunkt und die Transportwege nicht mehr zur Verfügung, stehen weil zu klein, dann müssen aber auch die Flächen zur Verfügung stehen auf denen man die Leitungen bauen kann. Zur

sicheren Energieversorgung gehört aber auch ein entsprechender Energiemix aus Kohle, Gas in begrenzter Form Atomstrom und entsprechend erneuerbare Energie. Das hier auch die ansässige Landwirtschaft sich entsprechend einbringt prägt das veränderte Bild des Landwirts im Kreis Coesfeld. Die Vergasung von Biomasse und Gülleabfall aus der Lebensmittelveredelung sind erst am Anfang. Hier werden noch ganz unbeachtete Verfahren in Zukunft auf uns zu kommen. So spricht man jetzt schon wieder über die Vergasung von Holzabfällen die zur einfachen Verbrennung nicht mehr geeignet sind und andere Verfahren. Die Entwicklung geht im D-Zugtempo voran. Eines sollten wir aber nicht aus den Augen verlieren: die Energieversorgung ist ein Hauptbestandteil der verpflichtenden Daseinsfürsorge und die hat nach wie vor auch eine nationale Komponente, ebenso die Versorgung mit gesundem Trinkwasser. Wir dürfen gespannt sein, was bei der Exploration des Gasfeldes „DONA“, zwischen Ascheberg-Herbern und Hamm heraus kommt. Die Anträge auf Probebohrungen sind schon in Arnsberg gestellt.

Der Gewässerschutz: die EU-Wasserrahmenrichtlinie ist für alle bindend. Auch hier fällt der Landwirtschaft eine tragende Rolle zu, denn sie muss die Flächen zur Verfügung stellen die der Renaturierung dienen. Mülldeponien-Müll muss entsorgt werden, das weiß jedes Kind. Die ganze Entsorgung soll aber so geschehen, dass keinem Menschen aber auch der Natur keine Schäden zu gefügt werden. Ist der Müll nicht wieder in Energie zurück zu wandeln, muss für eine verträgliche und der gesetzlich vorgeschriebenen Entsorgung Rechnung getragen werden.

Dabei ist der Interessenausgleich zwischen den einzelnen Kontrahenten soweit als möglich Beachtung zu schenken. Es ist auch hier in Zukunft mit neuen, bisher noch nicht diskutierten Entwicklungen zu rechnen. Es wird schon darüber nachgedacht, alte Deponien zu öffnen und den Müll in Energie um zuwandeln, immerhin ist mit rund 20% Altmetallen zu rechnen, also Ressourcen die bisher nicht einkalkuliert sind. Der Schutz der Umwelt und der Erhalt unserer Natur und unseres Lebensraumes sind bei der UWG-Programm. Handel, mittelständige Wirtschaft, Handwerk und Industrie. Diese vier Komponenten haben auch in unserer ländlich geprägten Region einen festen Platz. Anders als in den Ballungsgebieten sind sie oft an ihren Standorten der einzige Arbeitgeber, deswegen oft von großer regionaler Bedeutung. Die UWG unterstützt alle Maßnahmen und Initiativen, die solche Arbeitgeber und Steuerzahler vor Ort erhalten oder auch ansiedeln helfen. Manche Gemeinde ist auf die Steuerkraft einfach angewiesen, bei der heutigen Situation und Finanzlage der Kommunen noch mehr als sonst.

Der Haushalt 2011

Unser Haushalt ist besonders geprägt durch die Veränderung der Schlüsselzuweisungen für die Kommunen im Kreis. Die Kürzungen, die teilweise mehr als 50% betragen, haben die meisten Gemeinden in die Gefahr von Nothaushalt oder zumindest in die Haushaltssicherung geführt. Der Protest und die ständigen Gespräche mit Düsseldorf sind ein beredtes Zeugnis dafür wie ernst die Situation in den Gemeinden ist. Die UWG begrüßt daher ganz besonders, dass der Kreis zur Entlastung der Kommunen 5 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung stellt und die Kreisumlage auch noch absenkt. Die im Finanzausschuss abgestimmten 6,2 Mio. Entlastung geht ja nun doch darüber hinaus und schafft zusätzlich etwas Bewegungsfreiheit. Es sind aber immerhin noch eine ganze Reihe Unsicherheitsfaktoren, die das Zahlenwerk so oder so beeinflussen können. Dass sogar in Erwägung gezogen wurde, den Kreis selber in die Haushaltssicherung zu führen, zeigt wie ernst die Situation ist. Die UWG hat erhebliche Bedenken den mit der Haushaltssicherung, wir verlieren unsere Handlungsfreiheit. Die zusätzlichen Mittel und Maßnahmen können allerdings nicht das ganze Loch von 25 Mio. Euro stopfen, so dass immer noch ein Fehlbetrag von rund 19 Mio. bleibt. Die UWG befürchtet, dass in der Haushaltssicherung die Handlungsfähigkeit des Kreises so eingeschränkt ist, dass freiwillige Leistungen wegfallen und nur noch die gesetzlich vorgeschriebenen Aufwendungen gemacht werden dürfen.

Die UWG hatte beantragt, dass eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe gemeinsam mit den Referatsleitern und Bereichsleitern über Sparpotenziale berät und dann für die Politik Entscheidungen vorbereitet, die dann zur Abstimmung dem Kreistag vorgelegt werden sollten. Dies wäre ein Anfang für eine auf Dauer ausgelegte Haushalts-Konsolidierungsmaßnahme. Wir glauben, dass wir in Zukunft um ein solches Verfahren nicht drum rum kommen, denn die Einnahmesituation wird sich nicht wesentlich ändern. Wir rechnen sogar mit einer Steigerung der Aufwendungen, insbesondere im sozialen Bereich sowie im Bereich des Schulwesens. Unsere Befürchtungen gehen dahin, dass besonders in der Infrastruktur auf Dauer Defizite auflaufen, deren Beseitigung nachher wesentlich mehr kosten als jetzt

schon abzusehen ist. Wir halten nach wie vor an unserem Antrag fest eine solche Arbeitsgruppe zu einzusetzen, denn bisher hat das ja nicht funktioniert, die Sparvorschläge müssen aus der Kreisverwaltung oder von der Arbeitsgruppe kommen oder erarbeitet werden. Wir Politiker sind gefordert, noch intensiver die Haushaltsansätze zu überprüfen. Der Kreistag trifft dann die politische Entscheidung.

In den Fachausschüssen hat die UWG sich teilweise bei den Abstimmungen enthalten, das Zahlenmaterial was uns vor liegt, basiert ja auf den Daten des Jahres 2010. Für 2011 gibt es ja noch immer eine Unsicherheit, da Entscheidungen von höherer Stelle noch ausstehen. Wir sind bestimmt nicht für Kaffeesatz lesen, aber die Gesamtsituation wird sich kaum gravierend ändern - im Gegenteil, die Signale aus Düsseldorf lassen nichts Gutes erwarten.

In Besonderer Verantwortung für die Planungssicherheit unserer Städte und Gemeinden wird die UWG diesem Haushaltsentwurf zustimmen. Sollten wir zusätzlich wieder Erwärten höhere Aufwendungen leisten müssen, ist es immer noch möglich einen Nachtragshaushalt aufzustellen und zu verabschieden.

Vielen Dank.